



IGM **R**egional

Zeitung für die Region Stuttgart · E 45481/Nr. 2

April 1999

Böblingen · Esslingen · Geislingen · Göppingen · Ludwigsburg · Stuttgart · Waiblingen



Als Öko-Energie-Region in die Zukunft

► **Dieter Knauß:** Chancen für die Wirtschaft und neue Arbeitsplätze

Erneuerbaren Energien und Energiesparen gehört die Zukunft. Ein weltweiter Markt entsteht, der die Bedeutung des Automobils bald überholen könnte. „Wir sollten uns deshalb mit diesem Potential in der Region endlich ernsthaft auseinandersetzen“, sagt Dieter Knauß, Sprecher der IG Metall in der Region Stuttgart. Schließlich kündige sich der nächste Einbruch in der Automobilindustrie bereits an. Seit Mitte der 80er Jahre warnt die IG Metall vor der gigantischen Abhängigkeit der Region vom Autobau. Die Region müsse sich für Alternativen einsetzen. Damit käme die Wirtschaft zu neuen Produkten oder Arbeitsfeldern und könnte so Arbeitsplätze schaffen, die anderswo wegfallen. Der Schlüssel für eine Alternative könnte der ökologische Einsatz von Energie sein. Knauß: „Wir sollten uns zu einer Öko-Energie-Region entwickeln; Voraussetzungen dazu haben wir jedenfalls eine ganze

Menge.“ Der Metaller erinnert an das weltweit anerkannte Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoffforschung (ZWS), an die geplante Solarfabrik für Dünnschicht-Module in Marbach, an das Solardach bei Daimler in Stuttgart-Bad Cannstatt, das 100-Dächer-Programm im Rems-Murr-Kreis oder die Initiative der Wirtschaftsfördergesellschaft (WRS) „Solarwärme für alle – Region Stuttgart“. Dazu komme die Brennstoffzellen-Entwicklung bei Daimler-Chrysler in Kirchheim-Nabern.

„Wir sollten all diese Ansätze bündeln“, schlägt Dieter Knauß vor, „und mit gutem Beispiel vorangehen“. Denn nur wenn sich die Region selbst energiepolitisch vorbildlich präsentiere, könnten ihre Produkte und Anwendungen auf dem Weltmarkt auch glaubwürdig angeboten werden. Dies sei aber auch aus einem anderen Grund wünschenswert: „Wir würden damit die regionale Lebensqualität erheblich steigern.“

► **OKU-Arbeiter erfolgreich:**

Zurück in den Tarif

Tolle Stimmung bei OKU: Zum ersten Mal ist ein Unternehmen in der Region in den Arbeitgeberverband und in den Tarif zurückgekehrt. Damit hat sich die Firma OKU aus Winterbach im Rems-Murr-Kreis dem massiven Druck der IG Metall und des Betriebsrats gebeugt. Ab sofort gelten wieder alle Tarifverträge für die IG Metaller. Und auch die ausgehandelten Lohnerhöhungen in der Metallindustrie werden rückwirkend zum 1. Januar 1999 gezahlt.

„Die Tariffucht hat sich nicht gelohnt“, erklärte Dieter Knauß, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Waiblingen. „Tarifverträge geben verlässliche Bedingungen für beide Seiten und sorgen für Ruhe im Betrieb.“ Die hatte gefehlt, seit OKU im Sommer 1998 aus dem Verband der Metall- und Elektroindustrie ausgetreten war. Nachdem sich die Geschäftsleitung auch nach zwei Warnstreiks nicht einsichtig zeigte, stimmten 91 Prozent der 212 IG Metaller in einer Urabstimmung für Streik. Knauß kann sich vorstellen, daß jetzt auch die Kollegen in anderen tariffüchtigen Betrieben Druck machen werden. Die IG Metall steht hinter ihnen.

► **Seite 3**
Interview mit
Hermann Scheer

► **Seite 4**
Für einen intelligenteren
Energieeinsatz

► **Seite 5**
Umweltpolitisches
Sahnehäubchen bei
Daimler-Chrysler

► **Seite 6**
SEL: Politik nach
Gutsherrenart

► **Seite 7**
Pendler-Gutachten für
Daimler-Chrysler



Warnstreik bei OKU



IG Metall: Entschädigung für Zwangsarbeiter jetzt

► **Jürgen Stamm:** Sonst wird es einen Musterprozeß geben

In einem persönlichen Schreiben an die Unternehmensleitungen von Daimler-Chrysler und Bosch hat die IG Metall noch einmal gefordert, die Entschädigungsansprüche der ehemaligen Zwangsarbeiter anzuerkennen. Falls die Unternehmen dazu bis zum 13. Mai nicht bereit seien oder zumindest auf die Einrede der Verjährung verzichten, werde es einen Musterprozeß geben, erklärte IG-Metall-Chef Jürgen Stamm vor wenigen Tagen bei einer Veranstaltung mit dem Buch- und Filmautor Helmuth Bauer in Stuttgart.

Mittlerweile haben Zwangsarbeiterinnen aus Polen den Daimler-Konzern aufgefordert, sie nach Stuttgart einzuladen. In der Konzernzentrale wollen sie dann persönlich den Lohn abholen, den ihnen das Unternehmen in den Jahren bis 1945 gestohlen hat. Von einem Entschädigungsfonds, wie er von einigen Großkonzernen und der Bundesregierung diskutiert wird, halten die Frauen wenig.

Skeptisch zeigt sich auch Jürgen Stamm, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart, gegenüber einem Entschädigungsfonds. Offen seien bisher dessen Ausstattung, die Zahl der beteiligten Firmen sowie die Kriterien der Verteilung. Während sich Daimler daran immerhin beteilige, halte sich Bosch zurück. Das Weltunternehmen spiele damit „auf zynische Art mit der Armut und dem hohen Alter der Opfer“, sagte Stamm. Im Gegensatz zu Daimler habe die Bosch-Spitze bisher nahezu jede Geste der Versöhnung abgelehnt.

Bei Daimler begann das vorsichtige Umdenken bereits 1987. Nach Erscheinen des Daimler-Buches, in dem die Zwangsarbeit in dem ehemaligen Rüstungskonzern erstmals öffentlich dargestellt wurde, hat sich Hermann Josef Abs, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, dafür ausgesprochen, Entschädigungszahlungen zu erwägen. Seither gab es einige Gesten, doch den vorerhaltenen Lohn will Daimler den ehemali-

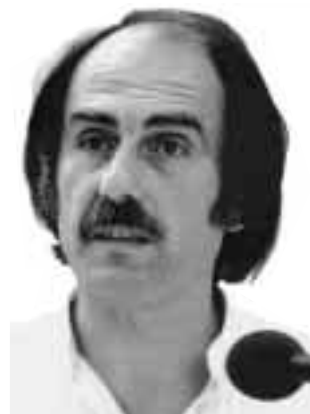
gen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen bis heute nicht herausrücken. „Sie fühlen sich als Daimler-Arbeiterinnen, denn sie wurden von Daimler-Leuten im KZ Ravensbrück ausgewählt und ins Werk geholt“, berichtet Helmuth Bauer über die Frauen aus Ravensbrück, deren Geschichte er seit Jahren dokumentiert.

Die meisten Arbeitssklaven seien allerdings mittlerweile tot. Bauer erinnert sich noch gut an sein erstes Interview mit einem ehemaligen Zwangsarbeiter im Jahr 1986. Simon Guljakin wurde als 16jähriger ins Daimler-Werk nach Ludwigsfelde-Genshagen bei Berlin verschleppt, später in die Stollen von Obrigheim. Nach dem Krieg hat eine Bäuerin aus Filderstadt-Harthausen den schwerkranken Russen aufgenommen. Später heiratete er die Tochter und blieb in Schwaben. Vor wenigen Jahren ist er gestorben. Damit ist erneut der Fall eingetreten, daß sich Firmen auf „natürlichem“ Wege um Entschädigungsleistungen drücken.

Vier von mehreren
10.000 Zwangsarbeitern
bei Daimler,
links Simon Guljakin

helmuth bauer

Helmuth Bauer (55) hat nach Studium und Promotion eine Lehre gemacht. 1981 bis 1985 arbeitete er als Maschinenschlosser bei Daimler in Untertürkheim, war Vertrauensmann der IG Metall und Mitglied der Plakat-Gruppe. Bauer war einer der Autoren von „Das Daimler-Benz-Buch“. Später hat er Filme über Daimler-Zwangsarbeiter gemacht. Unser Bild zeigt Bauer als Redner der Daimler-Hauptversammlung 1986. Er hatte damals beantragt, daß die Firma die ehemaligen Zwangsarbeiter „moralisch und materiell ins Recht setzt“.



rätselecke

Berlin- oder Bonn-Reise zu gewinnen

Wie heißt die europäische Organisation, die sich der Sonnenenergie verschrieben hat?

Lösungswort

--	--	--	--	--	--	--	--

Bitte ausfüllen und an folgende Adresse schicken:

IG Metall · Redaktion REGIONAL
Fronackerstraße 60 · 71332 Waiblingen
Fax 0 71 51/95 26-22

Name, Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Telefon

Einsendeschluß: 1. Mai 1999

Alle Gewinner werden von der IG Metall benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Unter den Einsendungen mit der richtigen Antwort werden zehn Gewinner gezogen. Erster Preis: eine dreitägige **Studienfahrt nach Bonn oder Berlin** für zwei Personen. Zweiter Preis: zwei Konzertkarten, die die **Kulturgemeinschaft des DGB** gespendet hat. Die übrigen Gewinner erhalten das Buch **Sonnenstrategie** von Hermann Scheer. Alle Gewinner werden von der IG Metall benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Beim letzten Spiel lautete die Antwort **Daimler-Chrysler**. Sechs Teilzeitarbeiterinnen aus Sindelfingen hatten den Konzern vor dem Bundesarbeitsgericht in die Knie gezwungen.

Die Berlin- bzw. Bonn-Reise geht an **Hans Schweizer** in Oberboihingen. Den zweiten Preis erhält **Ellenore Haid** aus Reutlingen. Die übrigen Preise gehen an Gerhard Dekker in Leinfelden, Elvira Falkenhain in Untergruppenbach, Klaus Gassmann in Stuttgart, Harald Hasenohr in Fellbach, Helmut Henek in Oberboihingen, Iris Nickmann in Notzingen, Manuela Saberi in Albstadt und Josef Winkler in Weissach im Tal.

Die örtlichen IGM-Büros
IG Metall Esslingen
Julius-Motteler-Straße 12
73728 Esslingen
Fon 0711/93 18 05-0
Fax 0711/93 18 05-34

IG Metall Geislingen
Burgstraße 3
73312 Geislingen
Fon 07331/95 46-0
Fax 07331/95 46-20

IG Metall Göppingen
Poststraße 14A
73033 Göppingen
Fon 07161/9 63 49-0
Fax 07161 9 63 49-49

IG Metall Ludwigsburg
Schwieberdinger Straße 71
71636 Ludwigsburg
Fon 07141/44 46-10
Fax 07141/44 46-20

IG Metall Stuttgart
Sattlerstraße 1
70174 Stuttgart
Fon 0711/1 62 78-0
Fax 0711/ 1 62 78-49

**IGM-Büro Sindelfingen/
Böblingen**
Gartenstraße 10
71063 Sindelfingen
Fon 07031/79 83-0
Fax 07031/79 83-30

IG Metall Waiblingen
Fronackerstraße 60
71332 Waiblingen
Fon 07151/95 26-0
Fax 07151/95 26-22



IGM **R**egional

Zeitung für die Region Stuttgart · E 45481/Nr. 2

April 1999

Böblingen · Esslingen · Geislingen · Göppingen · Ludwigsburg · Stuttgart · Waiblingen



Als Öko-Energie-Region in die Zukunft

► **Dieter Knauß:** Chancen für die Wirtschaft und neue Arbeitsplätze

Erneuerbaren Energien und Energiesparen gehört die Zukunft. Ein weltweiter Markt entsteht, der die Bedeutung des Automobils bald überholen könnte. „Wir sollten uns deshalb mit diesem Potential in der Region endlich ernsthaft auseinandersetzen“, sagt Dieter Knauß, Sprecher der IG Metall in der Region Stuttgart. Schließlich kündige sich der nächste Einbruch in der Automobilindustrie bereits an. Seit Mitte der 80er Jahre warnt die IG Metall vor der gigantischen Abhängigkeit der Region vom Autobau. Die Region müsse sich für Alternativen einsetzen. Damit käme die Wirtschaft zu neuen Produkten oder Arbeitsfeldern und könnte so Arbeitsplätze schaffen, die anderswo wegfallen. Der Schlüssel für eine Alternative könnte der ökologische Einsatz von Energie sein. Knauß: „Wir sollten uns zu einer Öko-Energie-Region entwickeln; Voraussetzungen dazu haben wir jedenfalls eine ganze

Menge.“ Der Metaller erinnert an das weltweit anerkannte Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoffforschung (ZWS), an die geplante Solarfabrik für Dünnschicht-Module in Marbach, an das Solardach bei Daimler in Stuttgart-Bad Cannstatt, das 100-Dächer-Programm im Rems-Murr-Kreis oder die Initiative der Wirtschaftsfördergesellschaft (WRS) „Solarwärme für alle – Region Stuttgart“. Dazu komme die Brennstoffzellen-Entwicklung bei Daimler-Chrysler in Kirchheim-Nabern.

„Wir sollten all diese Ansätze bündeln“, schlägt Dieter Knauß vor, „und mit gutem Beispiel vorangehen“. Denn nur wenn sich die Region selbst energiepolitisch vorbildlich präsentiere, könnten ihre Produkte und Anwendungen auf dem Weltmarkt auch glaubwürdig angeboten werden. Dies sei aber auch aus einem anderen Grund wünschenswert: „Wir würden damit die regionale Lebensqualität erheblich steigern.“

► **OKU-Arbeiter erfolgreich:**

Zurück in den Tarif

Tolle Stimmung bei OKU: Zum ersten Mal ist ein Unternehmen in der Region in den Arbeitgeberverband und in den Tarif zurückgekehrt. Damit hat sich die Firma OKU aus Winterbach im Rems-Murr-Kreis dem massiven Druck der IG Metall und des Betriebsrats gebeugt. Ab sofort gelten wieder alle Tarifverträge für die IG Metaller. Und auch die ausgehandelten Lohnerhöhungen in der Metallindustrie werden rückwirkend zum 1. Januar 1999 gezahlt.

„Die Tariffucht hat sich nicht gelohnt“, erklärte Dieter Knauß, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Waiblingen. „Tarifverträge geben verlässliche Bedingungen für beide Seiten und sorgen für Ruhe im Betrieb.“ Die hatte gefehlt, seit OKU im Sommer 1998 aus dem Verband der Metall- und Elektroindustrie ausgetreten war. Nachdem sich die Geschäftsleitung auch nach zwei Warnstreiks nicht einsichtig zeigte, stimmten 91 Prozent der 212 IG Metaller in einer Urabstimmung für Streik. Knauß kann sich vorstellen, daß jetzt auch die Kollegen in anderen tariffüchtigen Betrieben Druck machen werden. Die IG Metall steht hinter ihnen.

► **Seite 3**
Interview mit
Hermann Scheer

► **Seite 4**
Für einen intelligenteren
Energieeinsatz

► **Seite 5**
Umweltpolitisches
Sahnehäubchen bei
Daimler-Chrysler

► **Seite 6**
SEL: Politik nach
Gutsherrenart

► **Seite 7**
Pendler-Gutachten für
Daimler-Chrysler



Warnstreik bei OKU



2

sonnenstrom

► **Solarregion Stuttgart:** WRS will Umwelttechnik fördern

Die Zukunft der Energie- erzeugung liegt in der *Sonne*

*Ressourcenschonend
und ohne Abgase:
Solarzellen beim
Bürgerzentrum in
Waiblingen*

Erneuerbare Energien führen in der Region Stuttgart ein Schattendasein. Die Windkraft hat starken Gegenwind; thermische Solaranlagen auf den Dächern wurden bei der Planung von Neubaugebieten schlicht vergessen oder werden in Einzelfällen sogar verboten; Strom, direkt aus der Sonne gewonnen, trägt zur Energieversorgung nur im Promillebereich bei. Dabei steht für Experten längst fest: Nicht nur wegen des Ausstiegs aus der atomaren Energieerzeugung oder wegen der drohenden Klimakatastrophe liegt die Zukunft der Energieerzeugung in der Sonne.

Dem Markt für erneuerbare Energien werden jährlich zweistellige Wachstumspotentiale zugesprochen, wird das Herbstgutachten 1998/99 „Zur Lage der Wind- und Solarenergienutzung“ zugrunde gelegt. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Stuttgart (WRS) hat diesen Markt ebenfalls entdeckt und stellt mit Blick auf andere Regionen fest, daß diese „vor dem Hintergrund der Marktentwicklung gezielt Maßnahmen zur Stärkung der Umwelttechnik treffen“. Welche Potentiale in der Region für eine umweltfreundliche Energieerzeugung (Kraft-Wärme-Koppelung, Einsparungen, erneuerbare Energien) stecken, soll eine Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem IMU-Institut erforschen.

Im vergangenen Jahr hat die WRS drei größere Projekte in Richtung Solarregion angestoßen. Gemeinsam mit dem Landesgewerbeamt Baden-Württemberg und den Sanitärinnungen der Region wurde die Kampagne „Solarwärme für alle“ gestartet. Der Erfolg, nimmt WRS-Umweltreferent Holger Haas die Ergebnisse einer Studienarbeit an der Fachhochschule für Technik in Esslingen vorweg, hing in erster Linie von den Aktivitäten der Innungen ab, ob sie die angebotenen thermischen Solaranlagen in größerer Zahl zu günstigen Festpreisen tatsächlich an die Kundschaft brächten. So wie in den Landkreisen Rems-Murr und Göppingen, wo in Zusammenarbeit mit örtlichen Zeitungen weit mehr als 100 Solaranlagen verkauft wurden.

Ebenfalls nur als einmalige Initiative der WRS versteht Haas die 1998 erstmals durchgeführte Messe „Erneuerbare Energien“ in Böblingen. Mit rund 150 Ausstellern und etwa 7.000 Besucherinnen und Besuchern wurde die Messe heuer in privater Federführung wiederholt. Im Frühjahr gibt die WRS schließlich als drittes Projekt einen Branchenatlas „Zukunftsenergie“ heraus, der analog zum Medienkatalog der Region 120 Anbieter von erneuerbaren Energien und Energietechnologien, „vom Kleinstunternehmen bis Daimler-Chrysler“, so Haas, zusammenfaßt.

Die Sozialdemokraten in der Region träumen jüngst von einem „Solar-Valley Neckar“ und dachten dabei an die geplante Fabrik für die neue Generation von Dünnschichtzellen, die auf dem EVS-Kraftwerksgelände in Marbach, Kreis Ludwigsburg, entstehen soll. Entwickelt vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) an der Universität Stuttgart, sollen diese Dünnschichtzellen die Gestehungskosten für Strom aus der Sonne fast halbieren. In Verbindung mit dem „100.000-Dächer-Programm“ der Bundesregierung ein Schritt zur Markteinführung von Photovoltaik.

in eigener sache

DaimlerChrysler oder Daimler-Chrysler? Debis oder debis? Boss oder BOSS? Wie soll eine Zeitung Firmennamen drucken, in der Marketing-Variante oder nach Duden? Fast alle Blätter richten sich nach der offiziellen Rechtschreibung. Auch IGM REGIONAL, denn schließlich gehören wir nicht zur PR-Abteilung der von uns zitierten Unternehmen. Nur unseren eigenen Namen schreiben wir auch in Zukunft mit Großbuchstaben.

personalien

Jürgen Stamm (55) ist der neue Erste Bevollmächtigte der IG Metall für Stuttgart und den Kreis Böblingen. Der seitherige zweite Mann ist Nachfolger von Ludwig Kemeth, der Ende 1998 gestorben ist. Jürgen Stamm bleibt weiter zusammen mit Dieter Knauß Sprecher der IG Metall in der Region Stuttgart.

Jürgen Stamm ist seit 1964 Mitglied der IG Metall. Nach dem Studium hat er an der Bildungsarbeit der IG Metall und am Aufbau der Gewerkschaft Kunst mitgewirkt. 1983 holte ihn der damalige IG-Metall-Chef Ernst Eisenmann nach Stuttgart. Stamm betreute die Betriebe in verschiedenen Stadtbezirken, beriet die Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien und übernahm 1986 die Betreuung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Daimler-Standorte in Stuttgart. Bundesweit bekannt



Jürgen Stamm

wurde er 1998 durch den Tarifabschluß für die Daimler-Dienstleistungstochter Debis. Damit konnte die IG Metall zum ersten Mal einen Tarifvertrag mit einem bedeutenden Unternehmen der Informationstechnologie vereinbaren. Bei der diesjährigen Tarifaueinandersetzung saß er in der Verhandlungskommission der IG Metall. Als Arbeitnehmervertreter sitzt er im Aufsichtsrat der Debis AG und der Debis-Systemhaus GmbH.

Jürgen Stamms Nachfolger als Zweiter Bevollmächtigter ist Hans Baur (46). Der gelernte Werkzeugmacher war Betriebsrat in einer Maschinenbaufirma in München. Er studierte Ingenieurwesen sowie Industrie- und Betriebssoziologie. Anfang der 80er Jahre war er wissenschaftlich an dem Projekt „Humanisierung der Arbeit“ tätig. 1986 holte der damalige Stuttgarter IG-Metall-Chef Klaus Zwickel Hans Baur von der IG Metall Nürnberg nach Württemberg. In der Verwaltungsstelle Stuttgart war Baur für die Betreuung der Betriebe in Zuffenhausen und die Bildungsarbeit zuständig. Er ist Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von Porsche und Alcatel-SEL.



Hans Baur

REGIONAL
Dritter Jahrgang
Nr. 2/1999 (April)
Herausgeber: IG Metall
in der Region Stuttgart
Verantwortlich: Dieter Knauß
und Jürgen Stamm, die Sprecher
der IGM in der Region Stuttgart
Redaktionsanschrift:
IG Metall, Fronackerstraße 60
71332 Waiblingen
Fon 07151/95 26-0
Fax 07151/95 26-22
e-mail: Vst.waiblingen@igmetall.de
[http://www.bw.igm.de/region/
waiblingen/index.htm](http://www.bw.igm.de/region/waiblingen/index.htm)
Konzeption, Realisierung,
Redaktion: Ostendmedia
Erscheinungsweise: jeden
zweiten Monat
Nächste Ausgabe: Juni 1999
Fotos: Grafitti, IGM, Latz,
Pleil, Schlegel, Schnepf
Druck: Weinmann
Papier: Paroli matt
100% Sekundärfasern
nordisches Umweltzeichen
Auflage: 50.000
Verteilung: IGM-
Vertrauensleute in den
Betrieben und Postversand
Jahresabonnement: 15 Mark
(inkl. Versandkosten). Bei
Mitgliedern ist die Bezugs-
gebühr im Beitrag enthalten.
Anzeigen: Ostendmedia
Fax: 0711/429080

Erneuerbare Energien schaffen *Arbeitsplätze*

Budget im Bund soll verzehnfacht werden

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer aus Remshalden (Wahlkreis Waiblingen) fordert seit langem eine Wende in der Energiepolitik. IGM REGIONAL sprach mit ihm über die jüngsten Entwicklungen.

Die neue Bundesregierung hat ein 100.000-Dächer-Programm für Solaranlagen angekündigt. Geht das auf Ihre Initiative zurück?

Scheer: Das Programm ist seit dem 1. Januar in Kraft. Es ist das größte, das es weltweit bisher zur Markteinführung von Solarstromanlagen

interview

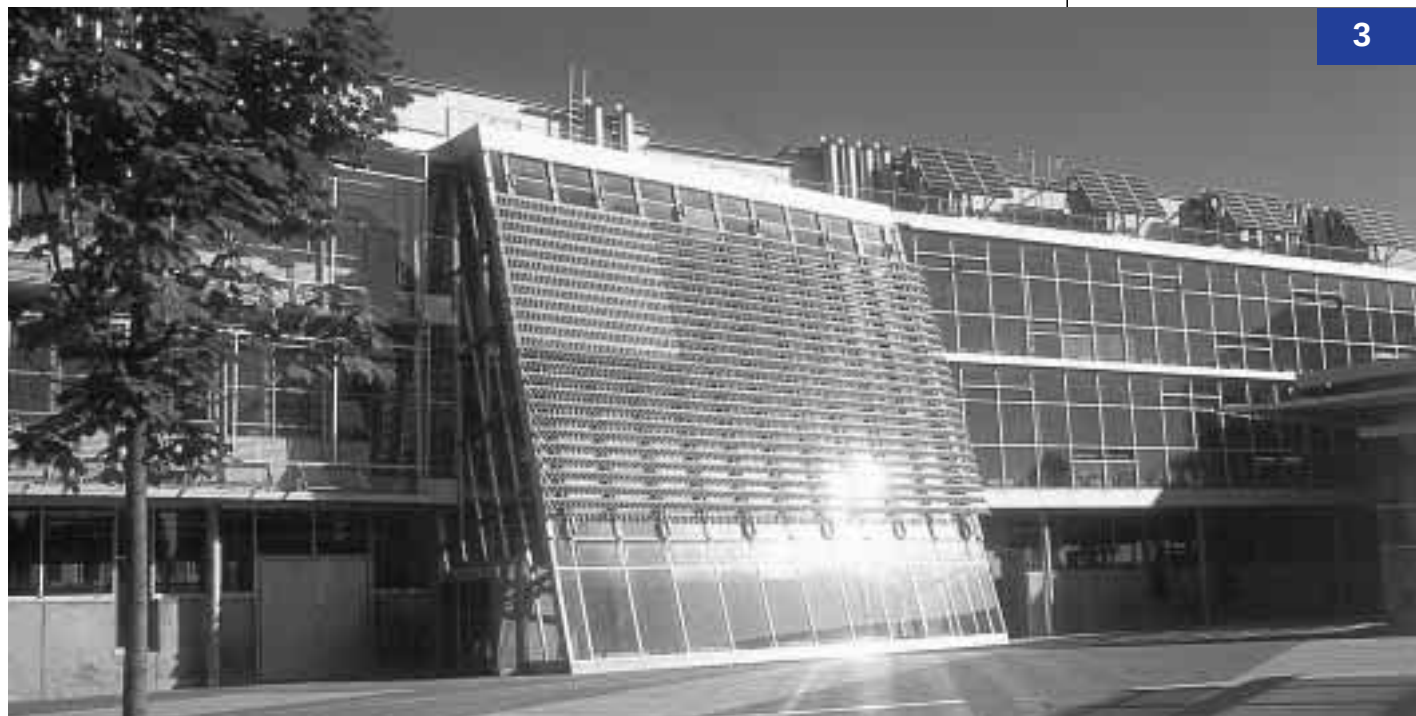
gegeben hat und soll die Massenproduktion mit dem Ziel der Kostensenkung ankurbeln. Es ist das Programm, das ich vor fünf Jahren forderte, in den Koalitionsvertrag hineinbrachte, und das ich gemeinsam mit meiner Kollegin Michaela Hustedt von Bündnis 90 / Die Grünen im Eilverfahren durchsetzte.

Wird das Photovoltaik-Programm in Zukunft durch ein thermisches Solarprogramm ergänzt?

Scheer: Selbstverständlich muß und wird es auch für die anderen Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien wesentlich erweiterte Programme geben, die in Kürze auf den Weg gebracht werden. Es geht zunächst um eine Erhöhung des Budgets dafür von bisher 20 auf dann 200 bis 250 Millionen Mark, also zehnmal mehr. Einfach ist das nicht, denn in Zeiten leerer Kassen ist es höchst selten, daß eine deutliche Haushaltsaufstockung kommt. Ich habe im neuen Bundestag eine rot-grüne Parlamentariergruppe für die Durchsetzung solcher

hermann scheer

Der Sozialdemokrat Dr. Hermann Scheer (55) aus Remshalden, Rems-Murr-Kreis, gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an. Dort engagiert sich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler unter anderem für eine neue Energiepolitik und hat eine rot-grüne Parlamentariergruppe gebildet, um Förderprogramme für erneuerbare Energien auf den parlamentarischen Weg zu bringen und durchzusetzen. 1988 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Sonnenenergievereinigung EUROSOLAR gewählt. Scheer ist Herausgeber der Zeitschrift „Das Solarzeitalter“ und des „Jahrbuchs für erneuerbare Energie“.



3

Programme gegründet, der 60 Abgeordnete angehören.

Im Zusammenhang mit regenerativer Energie wird oft die Schaffung neuer Arbeitsplätze genannt. Welche wirtschaftliche Bedeutung haben denn diese Energieformen heute und welches Wachstum erwarten Sie für die Zukunft?

Scheer: Die EU-Kommission hat 1997 in ihrem Weißbuch die Zahlen bestätigt, die Eurosolar seit Jahren vorgerechnet hat: Allein mit der Verdoppelung des heutigen Anteils erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2010 in der Europäischen Union würden 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Davon 40 Prozent im Bereich des Handwerks und der Ingenieurberufe und 40 Prozent in der Landwirtschaft durch die forcierte Nutzung der Biomasse als Energiequelle. Die verbleibenden 20 Prozent entstehen in der Industrie. Durch keine andere Maßnahme können so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden – zur Herstellung und Installation von Techniken, die die Umwelt sanieren. Was gibt es Besseres?

Wie könnte denn die Wende in der Energiepolitik in unserer Region aussehen? Welche Auswirkungen erwarten Sie für den hiesigen Arbeitsmarkt?

Scheer: Die Energiewende in der Region muß über die kommunale Ebene und mit Hilfe des Handwerks kommen, besonders im Bausektor und in die Richtung einer Re-kommunalisierung der Stromnetze. Im Bausektor sind u.a. Bebauungspläne nötig, die solares Bauen zur Auflage machen. Im Handwerk sind Fortbildungslehrgänge zum Solarteur nötig, wie es die Elektromeisterinnung Stuttgart schon angefangen hat. Kommunen müssen die Verteilernetze zurückkaufen, so wie es die Stadt Fellbach gerade gemacht hat, um dann Strom auf Kraft-Wärme-Kopplungsbasis vorrangig in

die Netze einzuspeisen und das Angebot erneuerbarer Energien Zug um Zug zu erhöhen. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das neue Arbeitsplätze im Handwerk und in technischen Dienstleistungen. Die Initiative der Elektromeisterinnung Stuttgart für die Solarschule ist ebenso beispielhaft wie der Fellbacher Netzurückkauf.

Solar-Architektur:

Fachhochschule für

Technik in Esslingen

Buchtip:

Dr. Hermann Scheer:
„**Sonnenstrategie**“
Politik ohne Alternative.
Piper Verlag und Büchergilde Gutenberg
ISBN 3 7632 4331 3.
Die FAZ urteilt: „Ein
fulminantes politisches
Statement“

Hermann Scheer

fordert seit vielen

Jahren die Wende

in der Energiepolitik





4

kollektor-montage

► **Martin Winterling**, Zeitungsverlag Waiblingen:

Für einen intelligenteren Energieeinsatz

Aussicht auf Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft

Wenn alle Menschen so automobil sein wollten, wie's Europäer und Amerikaner sind, würde das Erdklima in Nullkommanichts kollabieren. Aber Klimasei-dank sind sie's nicht und werden's auch nicht so bald. Wenn das Schneechaos die automobile Laune vereist hat, El Nino den Karibikurlaub zum Survivaltraining macht und der Sommer sowieso nicht mehr ist, wie er einst war, schleicht sich die Klimakatastrophe zwar fast an die Bewußtseinschwelle heran. Aber es gibt ja viel wichtigere Themen: Arbeitsplätze, Löhne, Renten, Atomausstieg, doppelte Staatsbürgerschaft...

kommentar

Das Beispiel der Solarfabrik, die sinnigerweise auf einem mehr oder weniger überflüssigen Kraftwerksgelände in Marbach gebaut wer-



Martin Winterling

erhielt den Sonderpreis der Europäischen Sonnenenergievereinigung EUROSOLAR 1998 für die Kampagne einer Zeitung. Ausgezeichnet wurde der Wirtschaftsredakteur für das „100-Dächer-Programm Rems-Murr“ des Zeitungsverlages in Zusammenarbeit mit der Solarinitiative der SHK-Innung Waiblingen.

den soll, zeigt, daß nicht das Argument „Umwelt“ sondern vermutlich die Aussicht auf „Arbeitsplätze“ der Solarwirtschaft Beine machen wird. Plötzlich rangelten sich die Kommunen um den Standort, überschlugen sich Politiker im Bemühen, für ihre Wählerinnen und Wähler etwas herauszuholen. Die europäische Sonnenenergievereinigung Eurosolar geht von 1,4 Millionen Arbeitsplätzen in der Solarbranche aus, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2010 auf stolze 20 Prozent steigt. In Deutschland wären diese 400.000 neuen Arbeitsplätze immerhin eine Verdoppelung der Jobs, die die Energiewirtschaft derzeit stellt.

Das Reizvolle an einer klimaneutralen Energiegewinnung sind nicht nur die Jobs. Ein Weniger an Energie muß nicht zwangsläufig mit einem Weniger an Komfort und Lebensqualität einhergehen. Im Null-Energie-Haus lebt sich's im Winter ebenso lauschig wie in einem Energie-Verschwender-Haus. Solarerhitztes Duschwasser ist genauso warm und sicher wie das aus dem Durchlauferhitzer. Mit einem Drei-Liter-Auto fährt sich's genauso gut von A nach B wie mit einer Blechkarosserie, die zwölf Liter säuft. Den Unterschied macht der intelligentere Energieeinsatz aus.

Dafür ist oft nur ein bißchen Hirnschmalz nötig. Bei den Entwicklern, Planern und Konsumenten. So lange aber eine „Weiter-so“-Mentalität, verbunden mit geistiger Trägheit herrscht, ändert sich rein gar nichts. Doch es geht auch anders. Wachstumsraten, wie in den ersten Jahren der Datenverarbeitungs-Branche, zeichnen sich auch im Markt für regenerative Energien ab. Zumindest die Spekulanten haben das kapiert. An den Aktienbörsen zucken die Kurse dieser Energieunternehmen vorsorglich schon nach oben.

photovoltaik

Bei der Photovoltaik wird Sonnenlicht direkt in Strom umgewandelt. Derzeit liegen die Kosten pro Kilowattstunde bei 1,50 bis 1,80 Mark. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 14 Megawatt Leistung neu installiert (Herbstgutachten 1998/99 „Zur Lage der Wind- und Solarenergienutzung“).

Es werden nicht die großen Einheiten sein, die das Solarzeitalter prägen. Der Reiz der Solartechnik liegt in ihrer Dezentralität. Jedes Dach kann zum Kraftwerk werden. Wie zum Beispiel in Waiblingen das Dach des Berufsbildungswerkes, auf dem Waiblingen solar e.V. eine Gemeinschaftssolaranlage mit einer Leistung von 20 Kilowatt installiert hat. Mit 5.000 Mark ist der solare Kraftwerker im Beteiligungsmodell dabei und kann seine selbst angebauten Kilowattstunden übers Netz ernten.

Photovoltaik ist aber nur ein Aspekt der Zukunft mit erneuerbaren Energien. Vermutlich sogar nur ein kleiner.

wind

Schon heute läßt sich mit Wind nicht nur Strom gewinnen, sondern auch Geld verdienen. Nach einer Flaute legte die Windenergie 1998 wieder deutlich zu: 900 Megawatt wurden installiert (1997: 500 MW). Mittlerweile sind 1.100 Anlagen mit einer Leistung von rund 3.000 Megawatt in Betrieb, aus denen etwa 0,9 Prozent des Strombedarfs stammen.

Die Windpark-Gesellschaften mit beschränkter Haftung an Nord- und Ostsee, aber auch in Ostdeutschland präsentieren sich längst als profitable Abschreibungsfirmen und locken mit langfristigen Gewinnaussichten. Auch die Windverhältnisse in den Höhen am Rande des Solar-Valleys Neckar ließen den rentablen Betrieb von Windkraftwerken zu.

Bisher scheiterte er an den Genehmigungsbehörden: Seit eineinhalb Jahren kämpfen Initiativen im Schwäbischen Wald gegen die Windmühlenflügel in der Bürokratie – und gegen die Ängste der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm und Schlagschatten. In den solarthermischen Anlagen sammeln Kollektoren die Sonnenstrahlung. In hiesigen Breitengraden kann etwa von April/Mai bis in den Oktober hinein die Heizung abgeschaltet und das solar erwärmte Brauchwasser für den Haushalt genutzt werden. Große Speicher ermöglichen auch die Nutzung der Sonne zum Heizen. Seit 1990 wurden in Deutschland über 100.000 Anlagen installiert. Das Wachstum beträgt jährlich 15 bis 30 Prozent.

Umweltpolitisches Sahnehäubchen

Aber der weitere Ausbau der Photovoltaik liegt auf Eis

Umwelt ist nicht nur eine Sache des Managements, sondern eines jeden Beschäftigten.“ Spektakulär und letztlich erfolgreich war die Initiative des Arbeitskreises Umwelt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Daimler-Chrysler AG für eine Photovoltaikanlage auf dem neuen Motorenwerk in Bad Cannstatt, die 1996 eingeweiht wurde. Der „Fabrik der Zukunft“ wurde damit ein umweltpolitisches Sahnehäubchen aufgesetzt, für den Konzern bedeutete die Initiative „einen hübschen Imagegewinn“. Als „herben Dämpfer“ jedoch werten die Initiatoren Gerd Rathgeb und Bernhard Hindersin, daß auf dem Dach des Reihenmotorenwerks in Untertürkheim keine Solaranlagen für warmes Wasser sorgen. Abgelehnt wurden diese Pläne wie immer aus den selben Gründen: den Kosten. Auch ein Ausbau der Photovoltaik auf dem Bad Cannstatter Werk liegt trotz der insgesamt positiven Erfahrungen mit den 5.000 Quadratmetern Solarzellen auf Eis.

Einen neuen Anlauf beabsichtigt der Arbeitskreis in voraussichtlich zwei Jahren mit der neuen Generation von Dünnschichtzellen aus der geplanten Marbacher Solarfabrik. Die sollen wiederum als Modellversuch ihre ersten Watt Strom vom Werkdach ins



Gerd Rathgeb **Bernhard Hindersin**
Arbeitskreis Umwelt bei Daimler-Chrysler

Netz einspeisen. Der Arbeitskreis hat die Zusage der Geschäftsleitung, nach dem Stand der Technik nachzurüsten.

Derzeit vermittelt die Geschäftsleitung von Daimler-Chrysler den beiden Initiatoren eher den Eindruck, sie möge mit regenerativen Energien in Ruhe gelassen werden. Energie sei jedoch gerade bei einem Automobilhersteller wie Daimler-Chrysler „eine zentrale Frage“. Weshalb der Arbeitskreis das Thema Umwelt mit regelmäßigen Veranstaltungen auf der Tagesordnung hält, wie jüngst mit dem amerikanischen Professor Amory B. Lovins zur Energieeffizienz: „Faktor vier: Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch“. Oder am 15. März 1999 mit Erhard Epplers Ansichten über „Ökologie und Politik“.

Weniger spektakulär als die Photovoltaik, aber mit einer beachtlichen Stückzahl hat der Arbeitskreis Umwelt in den letzten drei Jahren den Selbstbauern in der Daimler-Chrysler-Belegschaft Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung zu Sonderpreisen verkauft: 1.500 Stück.

Aktuell steht das Thema Brennstoffzelle im Mittelpunkt des Arbeitskreises. Wenn in fünf Jahren die ersten Fahrzeuge der A-Klasse mit Brennstoffzellen umherfahren, ist es Bernhard Hindersin beispielsweise nicht gleichgültig, ob der Treibstoff Methanol aus Erdgas, wie Benzin ein fossiler Energieträger, gewonnen wird oder umweltneutral aus Biomasse. Dies ist allerdings eine Diskussion, die Daimler-Chrysler nicht ins Konzept paßt. Wenn die Mineralölkonzerne überhaupt dazu bewegt werden sollen, ein flächendeckendes Netz mit Methanol aufzubauen, weiß der Arbeitskreis sich im Widerspruch zur automobilen Philosophie seines Arbeitgebers.

Dazu könnte auch das Mobilitäts-Managementsystem gehören, das derzeit das Freiburger Öko-Institut für das Neckartal entwickelt. Denn der wachsende Autokonzerne stößt an seine Grenzen. Die Fabriken wachsen auf Kosten von Parkplätzen, die Fahrzeuge der einpendelnden Beschäftigten müssen in teuren Parkhäusern untergebracht werden. Den Berufsverkehr anders zu organisieren (Stichwort: öffentlicher Nahverkehr, Fußgänger, Anreize zum Umstieg), ist das Ziel der Studie – mehr dazu auf Seite 7. Daß sie damit auch bei einem Teil der Beschäftigten auf Unverständnis stoßen, wissen Rathgeb und Hindersin. Viele Autobauer kommen schließlich lieber automobil zur Arbeit.



5

solarthermie

Durchaus verbraucherfreundlich können die thermischen Solaranlagen bezeichnet werden, die den Öl- oder Gasbrenner im Keller von Frühjahr bis Herbst kalt lassen. Bereits heute befinden sich diese Solaranlagen – selbst bei einer scharfen betriebswirtschaftlichen Rechnung – am Rande der Rentabilität. Eben dies sahen auch die Sanitärinnungen in der Region Stuttgart so und gründeten 1998 die Solarinitiative Region Stuttgart. Dank gemeinschaftlichen Einkaufs konnten die Anlagen bei „Solarwärme für alle“ preisgünstig kalkuliert werden. Von einem Boom der Solarthermie läßt sich ein Jahr später jedoch nicht sprechen. Allenfalls im Rems-Murr-Kreis, wo der Zeitungsverlag Waiblingen zusammen mit der Sanitärinnung ein mit einem Preisausschreiben verbundenes „100 Dächer-Programm Rems-Murr“ auflegte. Oder bei einer Zeitungsaktion im Landkreis Göppingen, wo mittlerweile über 100 Dächer solarthermisch aufgerüstet wurden.

biomasse

Die Energiekette des natürlichen Kohlenstoffkreislaufs von der Photosynthese bis zur Oxidation wird mit dem Bedarf an Energie verbunden. Die in organischen Kohlenstoffverbindungen chemisch gespeicherte Sonnenenergie wird direkt als Biobrennstoff (Holz, Stroh, Schilf) „verbrannt“, in Biokraftstoff (Pflanzenöl, Alkohol) umgewandelt oder zu Biogas (Methan) vergärt.

Noch im

Versuchsstadium:

Der Brennstoff-

zellenbus von

Daimler-Chrysler



Demo bei Alcatel-SEL:

Wieder einmal

stehen Arbeitsplätze

auf dem Spiel

► **Hans Baur:** Die Rechte des Europabetriebsrats müssen deutlich gestärkt werden

SEL: Politik nach Gutsherrenart

Bei Alcatel-SEL gibt es Krach. Betriebsrat und IG Metall werfen der französischen Konzern-Mutter eine „Politik nach Gutsherrenart“ vor. Wieder einmal stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Aus Protest hatten die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat deshalb vor wenigen Wochen die Sitzung des Kontrollgremiums verlasen. Anfang März demonstrierten die Kollegen vor dem Werkstor. Wir befragten Alois Süß, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats sowie Hans Baur, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall und Mitglied des Aufsichtsrats.

Wie sicher sind die Arbeitsplätze bei SEL?

Süß: Serge Tchuruk, der Konzernchef, hat kürzlich wieder den Abbau von 12.000 Arbeitsplätzen im Konzern bekanntgegeben, Näheres seiner Planungen aber noch nicht erläutert. Bis heute ist uns der Abbau von 420 Arbeitsplätzen bei der Alcatel SEL AG bekannt. Dies ist jedoch bei der o.g. Zahl sicherlich weit überholt. Das Problem für uns wird größer und auch für die Werke in Deutschland sehen wir wenig Positives.

Welchen Entscheidungsspielraum haben Vorstand und Aufsichtsrat der SEL?

Baur: Die wesentlichen Beschlüsse, auch die deutsche Aktiengesellschaft betreffend, fallen sicherlich in Paris. Wir hoffen, daß der nach deutschem Recht verantwortliche Vorstand auf die Entscheidungen den notwendigen Einfluß hat. In der Konzernspitze in Frankreich ist Deutschland jedenfalls formal nicht vertreten. Mit dem deutschen Aufsichtsrat tun sich die Franzosen noch schwerer. Der Umgang der Konzernmutter mit diesem Gremium ist mehr als verbesserungswürdig. Beispielsweise ist die Präsenz der Aufsichtsratsmitglieder der Konzernmutter mangelhaft.

Wären die Befugnisse der Vertreter der Arbeiter und Angestellten größer, wenn SEL keine Mutter im Ausland hätte?

Süß: Ein deutliches ja. Der Betriebsrat kann dann mit einem Vorstand verhandeln, der eigenständig entscheiden kann. Auch wenn die Belegschaft für ihre berechtigten Interessen Druck aufbaut, ist dies in Deutschland spürbar, bis in Paris aber kaum mehr.

Baur: Im Aufsichtsrat gilt das gleiche. In der deutschen Aufsichtsratssitzung sitzt der Aufsichtsrat nur dem Vorstand gegenüber, den er kontrolliert und dessen Verträge er macht. Wichtige Entscheidungen werden aber vorher in Paris gefällt.

Ist eine Interessenvertretung im bisherigen deutschen Verständnis überhaupt noch möglich?

Süß: Bei Alcatel gibt es einen Euro-Betriebsrat mit positiven Ansätzen, insbesondere bei der Kommunikation unter den Gewerkschaften in Europa, trotzdem brauchen wie mehr Koordinationsmöglichkeiten der Interessenvertretung auf europäischer

Ebene. Die heutigen rechtlichen Voraussetzungen sind nicht bzw. nur ungenügend vorhanden.

Baur: Unsere personellen Voraussetzungen in der Gewerkschaft sind auch nicht ausreichend und man darf nicht vergessen: Versuchen wir die notwendige Koordinierung selbst auf die Füße zu stellen, stoßen wir schnell an unsere finanziellen Grenzen.

Brauchen wir politische Änderungen auf EU-Ebene?

Baur: Wir hadern oft mit den deutschen Mitbestimmungsmöglichkeiten und dies auch zu Recht. Aber in den meisten europäischen Ländern wären sie für die Arbeitnehmervertretung – erst recht wenn man die transnationalen Konzerne betrachtet – ein deutlicher Fortschritt. Vordringlich jedoch müssen die Rechte der Eurobetriebsräte hinsichtlich ihres Zustandekommens und bezogen auf ihre praktischen Politikmöglichkeiten deutlich gestärkt werden.

BERUFSFORTBILDUNGSWERK

GEMEINNÜTZIGE BILDUNGSEINRICHTUNG DES DGB GmbH (bfw)

Kleemannstraße 8 · 70372 Stuttgart · Telefon (07 11) 5 53 88-27/29

Internet: <http://www.bfw.de> e-mail: Stuttgart@bfw.de

bfw

Beginn:
Frühjahr '99
Herbst '99

Informieren
Sie sich!

Mo. - Do.
9.00 - 12.00
13.00 - 17.00

Fr.
9.00 - 12.00

Sie wollen Ihren Facharbeiterabschluß nachholen?
Wir bereiten Sie in ca. 18 Monaten auf die Externenprüfung vor der IHK vor:

- **Facharbeiter Metall (B.: 07.10.1999)**
Sie sind bereits Facharbeiter und wollen sich qualifizieren?
In ca. 2 ½ Jahren bereiten wir Sie auf die IHK-Prüfung vor zum
- **Industriemeister Metall/Chemie/Elektro (B.: 09.11.1999)**
Als Facharbeiter oder Kauffrau/-mann können Sie sich weiterbilden zur/zum
- **Technischen Fachwirt/in (B.: 07.10.1999)**
Als Meister, Ingenieur bzw. Techniker können Sie sich weiterbilden zur/zum
- **Technischen Betriebswirt/-in (B.: 13.10.1999)**

Rufen Sie uns an. Wir informieren Sie gerne!

Anzeige

Auto oder S-Bahn?

Daimler-Parkhaus in

Untertürkheim



7

Pendler-Gutachten für Daimler in Untertürkheim

Mitfahr-Börse klammheimlich eingestellt

Das Werk Untertürkheim der Daimler-Chrysler AG hat für die 35.000 Beschäftigten im Neckartal beim Freiburger Öko-Institut eine Untersuchung über ein betriebliches Mobilitätsmanagement in Auftrag gegeben. Angeregt haben dies Umweltschützer und Betriebsrat. Unmittelbare Verbesserungen wird es allerdings noch nicht geben. Im Gegenteil: „Klammheimlich“, so Betriebsrat Gerhard Haag, „hat das Werk Ende 1998 die beliebte Mitfahr-Börse für die Pendler eingestellt“.

Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Dies gilt auch für das Thema Parkhäuser: Drei läßt Daimler-Chrysler derzeit im Neckartal bauen. Pro Parkplatz werden 10.000 bis 15.000 Mark investiert, rechnet Betriebsrat Gerd Rathgeb vor. „Das Geld könnte auch für intelligentere und umweltfreundlichere Mobilitätsstrategien investiert werden.“ Rathgeb möchte, daß auf allen Ebenen des Werkes umgedacht wird. Es sei ein Unding, daß Sparkommissare innerhalb der Personalabteilung immer wieder versucht hätten,

die Ausgabe von Job-Tickets des VVS aus Kostengründen einzustellen.

Wie widersprüchlich Daimler handelt, zeigt auch die Einstellung der beliebten Mitfahr-Börse. Einst vom Betriebsrat mit großem Erfolg aufgebaut und über die IGM-Betriebszeitung „Scheibenwischer“ organisiert, hat die Werkleitung das Management der Mitfahr-Börse 1995 übernommen, um sie Ende 1998 wieder einzustellen. Zur gleichen Zeit, kritisiert Gerhard Haag, lasse sich Daimler in der Öffentlichkeit für das mit Steuergeldern geförderte Pilotprojekt „Dynamischer Mitfahrerservice“ (siehe IGM REGIONAL vom Oktober 1998) feiern, an dem nur wenige Beschäftigte des Entwicklungszentrums teilnehmen können. Haag fordert deshalb, daß die Mitfahr-Börse schnellstens wieder eingerichtet wird. Vom Pendler-Gutachten des Öko-Instituts erhofft er sich weitere Anregungen für Verbesserungen. Haag setzt deshalb auf eine große Beteiligung an der Fragebogen-Aktion, die in der zweiten April-Hälfte beginnt.

© HOHNHAUSEN · 12503/02

Die richtige Strategie für Berufsstarter.

Ins Berufsleben einsteigen, das heißt: sich selbst die optimalen Start-Chancen sichern. Am besten mit einem starken Partner, der AOK Baden-Württemberg. Die AOK bietet vollen Versicherungs-



Startbereit? Mehr Infos:
Telefon 01 80/2 24 64 65 oder bei
allen AOK-Bezirksdirektionen
in Baden-Württemberg und im
Internet unter www.aok.de.

schutz, jede Menge Gesundheitsangebote, den AOK Privat-Service und – speziell für Berufsstarter – ein Bewerbungstraining, mit dem man seine Chancen verbessern kann.



AOK – Die Gesundheitskasse • Wir sind immer für Sie da.

AOK
Die Gesundheitskasse.

Anzeige